LANDESARBEITSKREIS CHRISTLICH DEMOKRATISCHER JURISTEN
Baden-Württemberg

PRESSEMITTEILUNG 19. Oktober 2021

**CDU-Juristen im Gespräch mit Ministerin Gentges**

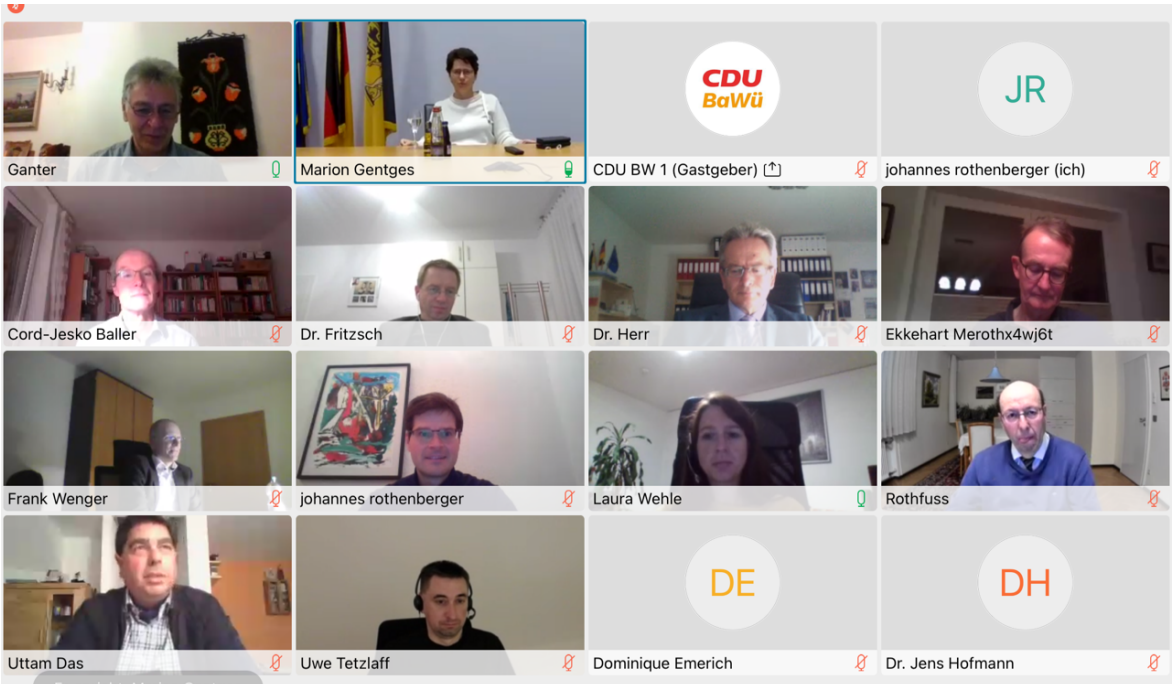
Erst wenige Monate im Amt, gab die neue Ministerin der Justiz und für Migration, Marion Gentges MdL, per Videokonferenz dem Landesarbeitskreis Christlich Demokratischer Juristen der CDU Baden-Württemberg (LACDJ) einen Überblick über ihre Schwerpunkte in der der Rechtspolitik.

Das Ministerin der Justiz und für Migration habe einen schwierigen Spagat zu meistern: Finanzielle Spielräume würden wegen der Rückzahlung der Corona-Schulden geringer und gleichzeitig kommen immer mehr zusätzliche Aufgaben auf die Justiz zu: Dieselfahrverbot, Corona-Klagen, Verfahren zum Gesetz zur Bekämpfung der Hasskriminalität, Kinderpornographie und Wirtschaftskriminalität. Hier müsste die personelle Ausstattung der Justiz entsprechend auch gesteigert werden.

Frau Ministerin Gentges freute sich, dass alle Bewerber für das Referendariat auch übernommen werden und die Mittel für Digitalisierung der Justiz, insbesondere der E-Akte stabil gehalten werden konnten. Besonders am Herzen liege ihr der Ausbau der Häuser des Jugendrechts, die dem Jugendstrafrecht besonders Rechnung tragen. Die Praxis zeige, dass die Verfahrensdauer bei Jugendstrafverfahren dadurch halbiert werden konnte. Weiter verspricht sich Frau Gentges eine Beschleunigung von Verfahren durch die Einführung von eigenen Kammern für Infrastrukturprojekte bei den Verwaltungsgerichten. Generell sollten Videoverhandlungen als Weiterentwicklung ermöglicht werden, wenn dies die Prozessbeteiligten und die Richter wollen. Beispielsweise bei Güteverfahren biete sich diese Möglichkeit an.

„Ministerin Gentges hat im ersten Halbjahr Akzente gesetzt“, analysierte der Landesvorsitzende des LACDJ, Dr. Alexander Ganter. Gerade für das Vertrauen in den Rechtsstaat und die Demokratie ist die Verkürzung der Verfahren sehr wichtig.

Die Ministerin nahm sich viel Zeit für die Diskussion aktueller Themen, wie beispielsweise die etwaigen Vorhaben einer möglichen Ampel-Koalition im Bund. Sie lehne eine Legalisierung von Cannabis beispielsweise aufgrund ihrer Erfahrungen als Strafverteidigerin ab. Breits einmaliger Cannabis-Konsum könne zu unheilbaren psychischen Erkrankungen führen. Die Aufnahmemöglichkeiten in der Erstaufnahme für Migranten seien im Übrigen alle besetzt. Derzeit wären wegen Corona nur 3.500 Plätze möglich. Ortskräfte aus Afghanistan kämen gleich in die vorübergehende Aufnahme. Derzeit kommen - so die Ministerin - viele Asylbewerber als „Sekundär-Migranten“ aus einem anderen EU-Staat. Die Rechtsprechung in Deutschland lehne allerdings eine Rückführung nach Griechenland oder Italien ab, da dort unmenschliche Bedingungen herrschten.




*Der LACDJ ist ein Zusammenschluss von Juristen des Landes, die Mitglieder der CDU sind oder dieser nahe stehen und deren Programm und Ziele zu fördern bereit sind. Der LACDJ unterstützt und berät die baden-württembergische CDU bei rechts- und justizpolitischen Themen und trägt so zur Meinungsbildung bei. Es findet sich das breite Spektrum der juristischen Berufsgruppen wie Richter, Staats- und Rechtsanwälte sowie Unternehmensjuristen und Verwaltungsbeamte im Land wieder.*